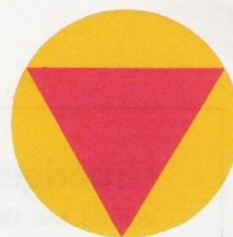
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. Mai 3 / 1990

Der Schwur von Buchenwald

Kameraden! Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von der Nazibestie und ihrer Helfershelfer ermordeten 51.000 Gefangenen!

51.000 erschossen, gehenkt, zertrampelt, erschlagen, erstickt, ersäuft, 51.000 Väter - Brüder - Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren.

51.000 Mütter und Frauen und Hunderttausende Kinder klagen an! Wir lebend Gebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialitäten sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen. Wenn uns eins am Leben hielt, dann war es der Gedanke: Es kommt der Tag der Rache! Heute sind wir frei! Wir danken den verbündeten Armeen der Amerikaner, Engländer, Sowjets und allen Freiheitsarmeen, die uns und der gesamten Welt Frieden und das Leben erkämpften.

Wir gedenken an dieser Stelle des großen Freundes der Antifaschisten aller Länder, eines Organisatoren und Initiatoren des Kampfes um eine neue, demokratische, friedliche Welt, F.D. Roosevelt. Ehre seinem Andenken!

Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken, Deutsche, Belgier, Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere Befreiung. Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht - der Sieg muß unser sein!

Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb aller Welt auf diesem Appelplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Dies sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach: Wir schwören!

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Vom 23. Mai 1949

Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn a. Rh. in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretung von mehr als zwei Drittel der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist.

Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seine Präsidenten, das Grundgesetz ausgeferigt und verkündet.

Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Absatz 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Artikel 146
(Geltungsdauer des Grundgesetzes)

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Bonn a. Rhein, am 23. Mai 1949

Dr. Adenauer
Präsident des Parlamentarischen Rates

Schönfelder
1. Vizepräsident

Dr. Schäfer
2. Vizepräsident

UNSER GRUNDGESETZ - UNSER RECHT

- vom 23. Mai 1949 - 1990/91

Es ist uns gegeben - um es zu nutzen. Wenn wir es nicht nutzen - wird es nutzlos. Nutzen wir es also, solange es noch geht! Wir bestehen nachdrücklich DARAUF:

"eine (neue) Verfassung, die von dem deutschen VOLK (ingesamt, ost + west) in freier Entscheidung beschlossen wird." - und zwar im wahrsten Sinne dieses Wortes: -das VOLK, direkt! Diese, für uns alle so wichtige, Angelegenheit können und dürfen wir NICHT irgendwelchen Politikern (und anderen Mächten) überlassen!

WIR SIND DAS VOLK.

unter Berufung auf GG. Artikel 5

irmgard.

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark

100 Jahre 1. Mai

Auf dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris am 20.7.1889 wurde beschlossen, einen Tag für weltweite Kundgebungen und einheitliche Forderungen festzulegen. Der 1. Mai wurde auserwählt, weil dieser Tag in den USA schon traditionell als Kampftag große Erfolge erzielt hatte. Der erste 1. Mai 1890 stellte die Forderung, international den 8-Stunden-Arbeitstag durchzusetzen. Der 1. Mai war damals kein arbeitsfreier Tag. Versammlungen und Kundgebungen mußten gegen Staatsgewalt und Unternehmer durchgesetzt werden. Dieser Tag wurde Kampftag der Arbeiterbewegung, um ihre Forderungen durchzusetzen. Heute ist der 1. Mai ein arbeitsfreier Tag-ist er aber auch schon nur noch Feiertag geworden? Oder gibt es heutzutage auch noch Forderungen, die durchzusetzen wären? Es gibt viele Forderungen, die schon erfüllt sind und sie sind auch ein Grund zum feiern. Aber es gibt noch vieles, was noch errungen werden muß. In den zurückliegenden Jahren in der BRD waren die Mai-Demonstrationen nicht nur geprägt von wirtschaftlichen, sondern auch von politischen Forderungen. So stand seit 1950 die Losung im Vodergrund "Völkerfrieden, Schutz der Arbeitskraft, Vollbeschäftigung, uneingeschränktes Mitbestimmungsrecht, keine Atomwaffen - kein Völkermord." 1963 waren es die Notstandsgesetze, gegen die demonstriert wurde. Seit 1978 stand im Vordergrund das Recht auf Arbeit. Es bleibt weiter auf der Tagesordnung das Verbot der Aussperrung, das Recht auf Arbeit und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die 35-Stunden-Woche soll mithelfen, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Die Gewerkschaften, die als die tragenden und organisierende Kraft zu den Mai-Veranstaltungen aufrufen, stellten und stellen sich der zunehmenden Rechts- und rechtsradikalen Entwicklung entgegen.

So hat auch der hundertste 1. Mai an seiner Bedeutung als solidarisierende und proklamatisierende Bedeutung für alle schaffenden Menschen nichts eingebüßt.

Es lebe der 1. Mai

Walter Federmann

Zum 12. Mai

Die bereits mehrfach für den 12. Mai 1990 angekündigte Landesdelegiertenkonferenz (LDK) ist notwendig, damit die VVN-BdA Bremen e.V. mit ihren Delegierten für den Bundeskongreß am 9./10. Juni in Düsseldorf die neuen Strukturen beraten können. Den Bundeskongreß bereitet ein Ausschuß vor, zu dem die großen Länder 3 und die kleinen Länder 2 Vertreter gewählt haben.

Arbeitsgrundlage für den Landesvorstand in der zurückliegenden Periode bildete der Antrag 2a, der auf der LDK am 9. Dezember 89 einstimmig angenommen wurde. Darin wird festgestellt,

- daß es Übereinstimmung, aber auch tiefe Meinungsverschiedenheiten in der Organisation gibt.
- nach allen Veränderungen und Umbrüchen die Notwendigkeit einer VVN-BdA weiterbesteht.
- unter Verwendung der Anträge 2 und 7 eine Neubestimmung der Arbeit zu entwickeln sei,
- ein Finanz-Ausschuß zu bilden ist, der sich mit dem Bestand der Oranisation, aber auch mit Fragen der sozialen Absicherung des Kameraden Volker befasst.

Der L.V. war sich einig, daß dieser "Berg" von Aufträgen nicht einfach zu bewältigen sei, darum beschloß er am 19.12.89 ab 9. Januar 1990 alle 14 Tage Beratungen durchzuführen. Die Finanzfrage überschattete die ersten Tagungen. Erst am 6. Februar 90 konnte der L.V. sich mit den Fragen des Antrages 2a Punkte 1-3 befassen. Das Ergebnis dieser Aussprache wurde im BAF Februar 90 veröffentlicht. Bisher gab es bedauerlicherweise keine Zuschrift zum Artikel des Kameraden Herbert Breidbach:

"Was heißt Antifaschismus der Neunziger Jahre?" Dieser Artikel könnte eine Grundlage für die Neubestimmung antifaschistischer Politik sein, darum ist das Desinteresse bedauerlich.

Dieser Artikel versucht auch die 2 gegensätzlichen Meinungen darzustellen. Das bisher die Kameradinnen und Kameraden, die immer davon reden, "man könnte seine Meinung nicht sagen", keine ihrer Gedanken und Vorschläge einbrachten, ist wenig hilfreich. Der LDK am 12. Mai 90 wünschen wir diese Offenheit, aber auch die Toleranz, die andere Meinung anzuhören sowie die demokratische Entscheidung anzuerkennen.

W.H.

Landes-Deligierten-Konferenz

am 12. Mai 1990

— Buchkontrolle für Deligierte und Gäste:
hast Du satzungsgemäß Beitrag gezahlt?

Das von den organisierten Arbeitern Bremens aus eigener Kraft errichtete Volkshaus war seit 1928 Zentrum aller gewerkschaftlichen Aktivitäten in dieser Stadt.

Am 18.4.1933 besetzten die Nationalsozialisten das Volkshaus und verhafteten führende Gewerkschaftler. Dabei wurden auch die von Bernhard Hoetger geschaffenen und heute in einer Nachbildung wiederhergestellten Plastiken an der Gebäudefassade zerstört.

Wie im ganzen Reichsgebiet erfolgte am 2. Mai 1933 eine erneute Besetzung, die das Ende der Freien Gewerkschaften in Bremen bedeutete.

Wie könnte eine kommunalpolitische Friedensarbeit aussehen?

Zunächst sind die Ziele unter aktuellen Bedinungen zu definieren. Der Anschluß der DDR birgt die Gefahr eines Auftriebs für reaktionärkonservative wie neofaschistische Kräfte in sich, zugleich aber auch die Möglichkeit, Fragen der Nachkriegszeit neu zu stellen und ihre Beantwortung zu beeinflussen. Verschärfen wird sich zunehmend der Nord-Süd-Konflikt. Die Bremer Erklärung der Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung schätzt ein: "Gerade Bremen mit seiner hohen Konzentration von Rüstungsbetrieben, mit seiner Abhängigkeit von Beschaffungsaufträgen der Bundeswehr und dem Rüstungsexport in die Dritte Welt muß sich entscheiden."

Wie gehen wir mit der zwiespältigen Haltung des Senats um? Dazu ein paar Streiflichter: Zum Antikriegstag 1989 eröffnete der Justizsenator eine Ausstellung zur Friedesbewegung und warnte vor einer Neubelebung der Grenzfrage. Der Senat unterstützt antifaschistische Basisarbeit. Zivilschutzübungen werden abgesetzt, Konversion der Rüstung auch von Senatsmitgliedern öffentlich befürwortet. Zugleich fahren Rüstungsgüter durch Bremen, wird Mercedes/MBB durch Senatsmittel gefördert. Wo steht der Gedanke der Rüstungskonversion bei Industrieansiedlung und -förderung im Mittelpunkt? Werden antikapitalistische Positionen ausgegrenzt, geduldet oder sind sie akzeptierter Bestandteil des demokratischen Spektrums? Die Warnung Henning Scherfs vor der Ausgrenzung von Menschen aus ökonomischen und politischen Entscheidungsprozessen bietet eine Dialogebene, die intensiver verfolgt werden sollte.

Maßstab für eine antifaschistische Gegenkultur ist der Anspruch der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KgF), sich nicht auf die schönsten Gesetze und Statuten zu verlassen. Die Bremer Landesverfassung setzte 1946 als verpflichtendes Ziel soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Frieden. Arbeitsfelder bieten sich an, z.B. Abrüstung von Feindbildern in Schulbüchern, Erforschung der Bedeutung friedensbetonter und antifaschistischer Vorbilder in den Schulen und in Zusammenarbeit mit den Veteranenorganisationen.

Aufbau einer kulturellen Infrastruktur in den Stadtteilen mit langfristig abgesicherten Kultur- und Freizeitläden.

Aufarbeitung der Einwanderungsgeschichte ausländischer Arbeiter und ihrer Familien, einzufordern von Senat, Uni und Schulen.

Für uns geht es in erster Linie um Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegen ein Ausnutzen der Anschlußfolgen insbesondere auf sozialem Gebiet durch die Rechtskräfte, durch Forderung nach Ausbildungsplätzen und Ausbau der Kulturarbeit zielen wir vor allem auf Jugendliche und junge Erwachsene. Kommunale Filmprogramme, internationale sportliche Begegnungen auf Stadtteilebene sind Bereiche, in denen wir Initiativen ergreifen sollten. Friedensarbeit ist mehr als Abrüstungsdemonstrationen. Auf kommunalem Sektor heißt das Initiativen loszutreten, um ein friedliches Zusammenleben von verschiedenen Menschengruppen im Stadtteil anzugehen, die Konfliktfelder offenzulegen und die Verantwortung staatlicher oder privatwirtschaftlicher Instanzen zu benennen. Aufgabe der VVN-BdA ist die aktionsorientierte Unterstützung von Bewegungen auf diesem Gebiet.

Raimund

DER BUNDESVORSTAND HAT GETAGT

Am 7. und 8. April 1990 hat der Bundesvorstand die Berichte des Arbeitsausschusses (A.A.) entgegengenommen. Tagesordnungspunkt 1 war der Bericht zur Vorbereitung des Bundeskongresses am 10./11. Juni in Düsseldorf. Bei den Vorschlägen stützte sich der A.A. auf die Berichte aus den Ländern, die übereinstimmend das Bekenntnis hervorhoben: Eine VVN-BdA ist heute notwendiger denn je. In Kenntnis der lebhaften Debatten über die Erneuerung der Strukturen haben die bisher stattgefundenen LDKs neue Vorstände gewählt. Es wurden aber auch gleichzeitig neue Termine beschlossen. Um in der Organisation zu den Beschlüssen des Bundeskongresses ausreichend beraten zu können, hat z.B. die LDK Baden-Württemberg beschlossen, im Februar 1991 zu tagen.

Eine ausgiebige Debatte wurde über den Finanzbericht der AG 1 des A.A. geführt. Der Kamerad Norbert Müller als Berichterstatter hatte unter dem Begriff Vergangenheitsbewältigung den "Apparat" kritisiert. Die 24 Hauptamtlichen im "Zentrum" wären vom Sekretariat eingestellt worden, ohne Beschlüsse der verantwortlichen Leitungen sowie ohne Absprache mit den Vorständen, aus denen die Funktionäre abgezogen wurden. Es wären z.T. vermeidbare und zu hohe Ausgaben erfolgt; es wären aber keine persönlichen Bereicherungen erfolgt. Über die Herkunft der Mittel konnte keine Klarheit erreicht werden, da die Kameraden Toni und Kurt glaubwürdig erklärt hatten, sie wären in vorgegebene Strukturen eingestiegen.

Zu der Frage der Einstellung erklärte Kamerad Kurt Erlebach, die wären nach der bisherigen Geschäftsordnung (G.O.) erfolgt.

Der A.A. hatte daher eine neue G.O. erarbeitet, die mit einigen Änderungen vom Bundesvorstand angenommen wurde.

Ebenso wurde mit dem vorgelegten Finanzplan verfahren. Die wichtigste Änderung ist der Teilnehmerbetrag, der von DM 150,- auf DM 100,- gesenkt wurde; damit ist die Teilnahme, Verpflegung und Fahrgeld abgedeckt. Weiter wurde beschlossen, daß ab sofort bis zum Kongreß alle größeren Spenden, deren Herkunft nicht einwandfrei nachgewiesen wird, auf ein Sperrkonto gezahlt werden und bei Nichtklärung sozialen Vereinigungen übermittelt werden.

Unter anderem wurde die ausstehende Abrechnung des L.V. Bremen ab 3. Quartal 89 angemahnt. Die Materialschulden in Höhe von DM 1.003,- hat Bremen bis auf DM 55,- ausgeglichen.

Zur Struktur der VVN-BdA auf Bundesebene lag dem A.A. ein Papier des Kameraden Jupp Angenfort, N.R.W., vor, das mehrfach geändert und ergänzt dem B.V. zur Beratung vorlag. Die Kameradin Renate Sonnenberg hat die wesentlichsten Teile der L.M.V. am 21.4.1990 mitgeteilt. Der Bundeskongreß wird darüber endgültig entscheiden. Der Strukturplan und die neue Geschäftsordnung werden für den Landesverband vor und erst recht nach dem Kongreß in den Gruppen Kreisen reichlich Stoff zu Aussprachen liefern. Die bei uns zu wählenden Delegierten - einer auf 30 Mitglieder, die alle Bedingungen der Satzung entsprechen - übernehmen einen verantwortungsvollen Auftrag.

Dem Bundesvorstand lag der Entwurf der VdN der DDR für eine gemeinsame Erklärung der Antifaschisten zum 8. Mai 1990 vor. Da dieser Entwurf offensichtlich die neue Situation sowie auch die Erkenntnisse der eigenen Organisation (siehe BAF Febr. 90) außer acht gelassen hat, wurde eine Delegation gewählt, die mit den Organisationen in Westberlin und der DDR die Beratung einer gemeinsamen Erklärung aufnimmt. Der Delegation gehört die Kameradin Renate Sonnenberg an.

Den letzten Tagesordnungspunkt konnte der Berichter nicht abschließend wahrnehmen, obwohl es für Bremen noch wichtig bleibt, die Vorgänge beim 2. bundesweiten Kongreß gegen Neofaschismus und Rassismus zu klären.

Willy Hundertmark

ES WAR EINMAL

in Deutschland eine Mehrheit, die rief verzweifelt aber entschlossen: Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus! Das war 1945 - seit dem haben es viele längst vergessen. Eine ganze Menge Bürgerinnen und Bürger sind bald zur Tagesordnung übergegangen. Diese war zunächst auch hart und bitter genug. Es fehlte an allem. Aber die Leute dachten: Es geht vorwärts - und - "die da oben" werden solche schrecklichen Zeiten wie Faschismus und Krieg nie mehr zulassen. Andere wiederum ließen sich ihr (zumindest Nachkriegs-) Bewußtsein nicht abkaufen mit einem lukrativen Posten etc...

So gingen die Jahre ins Land. "Der Schoß ist fruchbar noch, aus dem das kroch", wußten Berthold Brecht und viele andere; unsere Organisation, die VVN-BdA, wußte es vor allem. Deshalb haben Kameradinnen und Kameraden unentwegt kontinuierlich Aufklärungsarbeit geleistet, gemahnt, gewarnt---(heute halten einige das für "kalte Asche").

Heute sehen und erleben wir, wie die Schatten der Vergangenheit uns einzuholen drohen. "Der Schoß ist - tatsächlich - fruchtbar noch." In dem Schonklima der letzten Jahre sprießt es wieder kräftig - in Deutschland-West und Deutschland-Ost. Wie hieß es damals? NIE WIEDER KRIEG - NIE WIEDER FASCHISMUS! Es ist hochaktuell, diese alte Forderung vehement und machtvoll zu stellen! Unsere Organisation steht dabei -nach wie voran vorderster Stelle; (u.a. deshalb ist sie fast ebenso lange diffamiert und verdächtigt worden und stand/steht auf der Verdächtigungsliste des Verfassungsschutzes).

Wer soll eigentlich antifaschistische Friedensarbeit machen -gegen die Rechtsextremen- wenn nicht das antifaschistische Bündnis aus den demokratischen gesellschaftlichen Schichten, Parteien, Gruppen und Kirchen? "Wer nichts aus der Geschichte gelernt hat, ist dazu verdammt, die Geschichte zu wiederholen."

Daran sollten wir denken.

Irmard Alfken



Termine

VVN-BdA Bremen

Dienstag, den 8. Mai, zum 45. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg um 11.30 Uhr Kranzniederlegung in der Ehrenanlage auf dem Osterholzer Friedhof.

Der Landesvorstand

IN BREMEN-NORD

zum Tag der Befreiung (8. Mai 1945)(Busfahrt nach Hamburg) Teilnahme an der INTERNATIONALEN FRIEDENSMANIFESTATION in Hamburg/ Neuengamme (ehem. KZ-Lager)

Anmeldung im Bürgerhaus, Tel.: 65 08 05 (Fahrtkostenbeitrag DM 10,-/Pers.)(Nichtverdiendende DM 5,-)

Abfahrt 5.5.1990, 8.00 Uhr Bürgerhaus Gustav Heinemann

Rückkehr ca. 18.00 Uhr.

VVN-BdA Bremen
MAHNWACHEN MARKTPLATZ

Mi., 16. Mai
— ausnahmsweise am Grasmarkt gegenüber Bismarck-Denkmal

Mi., 13. Juni

Mi., 4. Juli

jeweils 6-18 Uhr

"DIE WELT DER ANNE FRANK 1929-1945"
EINE AUSSTELLUNG DER ANNE-FRANK-STIFTUNG AMSTERDAM

Untere Rathaushalle
17. Aug.-13. Sept. 1990
Gustav-Heinemann-Bürgerhaus
Bremen-Nord
13. September bis 29. September 1990

Wer kann ehrenamtlich Aufsicht und Führung übernehmen?

Melden im Büro.

Hallo

Kameradinnen/Kameraden, ab sofort können wieder im Büro die Beiträge gezahlt werden. Jeden Donnerstag von 15-18 Uhr oder auch nach Vereinbarungen mit der Kameradin Tilla. Daueraufträge sind für das Konto 103 1913 bei der Sparkasse in Bremen abzuschließen. Natürlich VVN-BdA nicht vergessen. Delegierte zur LDK zum 12. Mai sind stimmberechtigt, wenn sie ihren Beitrag bis zum 31. März geleistet haben. Auf Empfehlung des Finanzausschußes hat der L.V. am 6.3. beschlossen, nur den Delegierten Stimmrecht zu gewähren, die bis zum 31.3.90 Ihren Beitrag entrichtet haben.

Der l.V.

"100 Jahre Zukunft"

Die Geschichte des 1. Mai in Bremen - so lautet der Titel einer Ausstellung, die die Forschungs- und Bildungsstätte zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Lande Bremen e.V. im Auftrag des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst unter Beteiligung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammengestellt hat, und die vom 21. April bis zum 13. Mai in der Unteren Rathaushalle täglich zwischen 10 und 18 Uhr zu besichtigen ist.

Evangelische Jugend der Evangelischen Auferstehungsgemeinde Bremen-Hastedt, Drakenburger Str. 42

28.4.-4.6.1990, Gemeindesaal: AUSSTELLUNG "Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus".

Der Landesvorstand hat beschlossen: Die **Landesdelegiertenkonferenz** wird am 12. Mai 1990 um 9-14 Uhr in der Begengnungsstätte Haferkamp stattfinden. Einlaß 8.30 Uhr.

Singekreis: 10.5. und 7.6. jeweils um 18.30 Uhr.

VVN GRUPPE WEST

7. Mai Büro 20 Uhr Vorstand

9. Mai **Mittwochskreis** 18 Uhr Büro. Kranzniederlegung am Erinnerungsdenkmal Bürgermeister-Deichmann-Strasse. Anschließend Gespräch zum Thema 8. Mai

Gröpelinger Friedensfest

18. Mai Stadtrundgang ab Schützenhof 17 Uhr

19. Mai Ohlenhof 15 Uhr "Oma", Stück nach Peter Härtling Niedersächsische Landesbühne Nord

20. Mai Nachbarschaftshaus Ohlenhof

11.00 Eröffnung, Begrüßung

12.15 Uhr Lesung von Friedensgedichten

14.00 Uhr Kolumbianische Tanzgruppe

15-17.45 Uhr Plattdeutsche Folklore Piatkowski und Rieck (Rostock)

17.45 Uhr chilen. Folklore (Copique)

Gesprächsrunden:

11.30 Uhr Kalte Neue Heimat Gröpelingen? Diskussion Bündnis mit Türkischen Kollegen, Übersiedlern und Asylbewerbern

16.30 Uhr Abbau von Feindbildern, persönliche Konsequenzen mit Totalverweigerer West, Bausoldat Ost, Zivi, Reservisten verweigern sich

Außerdem: Essen, Kinderprogramm, Lesungen, Ausstellungen, Filme, Infos, Kaffeeklatsch

24. Mai Himmelfahrt

Fahrt nach Amsterdamm Besuch des Anne-Frank-Hauses. Abfahrt 7 Uhr Büro. Buskosten ca. 25,- bis 30,- DM. Anmeldung Gruppe West oder Büro

Öffentliches Hearing

Pädagogik gegen Rechts?
der SPD-Fraktion

Am 2. Mai 1990 von 10 - 17 Uhr,
im Festsaal im Haus der Bürgerschaft.

In Frankfurt/M.

DEMONSTRATION

– GEGEN Nationalismus

– GEGEN die Kolonalisierung

– GEGEN die Annektion der DDR

Am 12. Mai 1990

Näheres im Büro der VVN-BdA, Bgm.-Deichmann-Str. 26

Tel. 38 29 14

Nach 18.00 Uhr 61 12 62

Wir gratulieren zum Geburtstag im Mai 1990

Dörchen Meier	03. Mai 74 Jahre
Meta Werner	05. Mai 86 Jahre
Margret Piosek	15. Mai 64 Jahre
Heinz Pophusen	16. Mai 80 Jahre
Klaus Hübotter	17. Mai 60 Jahre
Anna Tschirne	28. Mai 79 Jahre

WIR WOLLEN IN FRIEDEN LEBEN!

SELBSTBESTIMMT, FREI UND GLEICH!

